

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Jug. - MEC

Bern, 25. Januar 1993

Kopie
NF/HD ✓

<i>THANJA RTO UR LEN</i>		
<i>ED</i>	<i>29.01.93</i>	<i>10</i>
Ref. <i>0.7/3-81</i>		

Zur Lage in JugoslawienDer Stand des FriedensprozessesZusammenfassung

Am 20. Januar 1993 stimmte das Parlament der "Serbischen Republik Bosnien-Herzegovina" dem an der Genfer Konferenz vorgelegten Kompromissvorschlag zur Neugestaltung Bosnien-Herzegovinas zu.

Der Verfassungsentwurf sieht die Aufteilung Bosnien-Herzegovinas in zehn weitgehend autonome Provinzen vor. Das gemeinsame Dach soll ein paritätisch zusammengesetztes Republikspräsidentium mit einem Präsidenten bilden, den die drei konstituierenden Völker abwechselnd stellen.

Ein zentrales Problem der Genfer Konferenz wird es sein, den Grenzverlauf der neu zu schaffenden Provinzen festzulegen.

Die serbischen Kriegsparteien dürften sowohl aus militärischen als auch aus propagandistischen Gründen dem Friedensplan zugestimmt haben. Die Serben bekundeten in letzter Zeit Mühe, die Landkorridore, die Serbien mit den serbisch kontrollierten Gebiete in Bosnien und in der Krajina verbinden, aufrechtzuerhalten. Zudem mussten sie Rückschläge in Ostbosnien hinnehmen. Mit der Zustimmung können sie sich als verhandlungswillig präsentieren und eine gewisse Entspannung zu den Westmächten bewirken.

Trotz der grundsätzlichen Zustimmung aller Parteien scheint ein Scheitern der Genfer Konferenz nicht ausgeschlossen. Gemäss dem Friedensplan soll in Nordbosnien eine vorwiegend kroatische Provinz geschaffen werden. Damit würden die bosnischen Serben über

v.a. die kroatische Seite!



keine direkte Verbindung mehr nach Serbien verfügen. Zudem würden nicht alle mehrheitlich serbischen Provinzen aneinandergrenzen. Ein Gross-Serbien könnte somit nicht mehr realisiert werden. Genau dies ist jedoch das eigentliche serbische Kriegsziel.

Ein zusätzlich destabilisierendes Element ist die am 22. Januar 1993 von den Kroaten in der südlichen Krajina gestartete Offensive gegen die serbischen Besetzer. Vordergründig geht es den Kroaten dabei darum, die direkte Landverbindung zu rund 700'000 Kroaten in Dalmatien wieder herzustellen. In einem Moment, wo die Genfer Konferenz in eine entscheidende Phase tritt, dürfte es den Kroaten auch darum gehen, dass das Problem des serbischen Nationalismus gesamthaft angegangen wird. Das angestrebte Gross-Serbien hat gerade in der Krajina seinen Anfang genommen. Mit dieser Intervention unterstreicht Kroatien zudem seinen Willen, das Krajina-Problem mit eigenen Mitteln, d.h. militärisch zu lösen, falls das UNO-Mandat dazu nicht ausreicht. Dieses Mandat läuft Ende Februar 1993 aus. Die kroatische Führung will dieses nicht erneuern, wenn bis dahin nicht substantielle Fortschritte erzielt werden.

woher Besetzer? Das sind doch alles kroatische Serben!

Das ist auch nicht an UN, sondern an SR. Es handelt sich um UN-Resolutionen

Die Verhandlungen im Rahmen der Genfer Konferenz stellen bis anhin vor allem einen Erfolg für die serbische Kriegspartei dar. Milošević verstand es, sich als friedliebenden Staatsmann aufzuspielen. Karadžić nutzte die Umstände, um Zeit zu gewinnen und die militärischen Aktionen fortzusetzen. Vorläufig deutet noch nichts darauf hin, dass die Serben gewillt sind, den Friedensplan in die Tat umzusetzen.

Möglicherweise beginnt sich mit den muslimischen Erfolgen in Ostbosnien und der kroatischen Intervention im Südwesten des serbischen Imperiums eine militärische Schwäche der serbischen Parteien abzuzeichnen. Eine solche könnte die Serben zwingen, in Genf ernsthaft zu verhandeln. Sollten die militärischen Probleme der Serben nur vorübergehender Natur sein, ist mit einem Fortgang der serbischen Politik im gewohnten Rahmen zu rechnen. In diesem Fall stellte sich für die internationale Gemeinschaft erneut die Frage nach dem Willen und der Machbarkeit einer militärischen Intervention.

James Zeng, die Bundesarmee hat ja überhaupt noch nicht eingegriffen!

Die Frage ist wo E, F, Russland längst beantwortet!

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Jug. - MEC

Bern, 25. Januar 1993

Zur Lage in JugoslawienDer Stand des FriedensprozessesINHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Der Verfassungsentwurf	1
2. Mögliche Gründe für die Zustimmung der Serben	2
3. Gründe für ein allfälliges Scheitern des Friedensplanes	3
4. Die kroatische Offensive in der Krajina - ein zusätzliches destabilisierendes Element	3
5. Ein Erfolg der Genfer Konferenz?	4
<u>Anhang</u>	6
II. Mögliche Entwicklungen	6
1. Bei der Verwirklichung des Friedensplanes	6
Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz	6
2. Beim Scheitern des Friedensplanes	6
A) Ohne internationale Militärintervention	6
Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz	8
B) Bei einer Intervention von Mitgliedstaaten der Islamischen Konferenzorganisation	8
Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz	9
C) Bei einer internationalen Militärintervention	9
Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz	9

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Jug. - MEC

Bern, 25. Januar 1993

Zur Lage in Jugoslawien

Der Stand des Friedensprozesses

Am 20. Januar 1993 hat das Parlament der "Serbischen Republik Bosnien-Herzegovina" den von den Co-Präsidenten Vance und Owen im Rahmen der Genfer Konferenz vorgelegten Kompromissvorschlag zur Neugestaltung Bosnien-Herzegovinas mit 55 zu 15 Stimmen bei einer Enthaltung akzeptiert.

Zuvor hatten bereits der serbische Präsident Milošević und der Präsident Restjugoslawiens Čosić ihre Zustimmung zu diesem Entwurf für eine neue bosnisch-herzegovinische Verfassung gegeben.

Nach der grundsätzlichen Zustimmung der serbischen Parteien nahm die Genfer Konferenz die Arbeit am 23. Januar wieder auf.

1. Der Verfassungsentwurf

Der als Diskussionsgrundlage dienende **Verfassungsentwurf** sieht die **Aufteilung Bosnien-Herzegovinas in zehn Provinzen** vor, wobei die territoriale Integrität der Republik erhalten bleiben soll. Die einzelnen Provinzen sollen **eigene Verfassungen** bekommen, die jedoch der Verfassungsgebung untergeordnet sind. Es ist vorgesehen, **den Provinzen alle Kompetenzen** einzuräumen, ausgenommen die Bereiche der Aussen- und der Aussenwirtschaftspolitik, die in den ausschliesslichen Kompetenzbereich der Verfassungsgebung fallen sollen. Die Provinzen sollen nicht als internationale Rechtssubjekte konstituiert werden, um zu verhindern, dass sich die serbischen, bzw. die kroatischen Provinzen dem entsprechenden Mutterland anschliessen können.

Ein **zentrales Problem** der Konferenz wird es sein, den **Grenzverlauf** der einzelnen Provinzen festzulegen. Es wird beabsichtigt, die Grenzen so zu ziehen, dass in acht der zehn neuen Verwaltungseinheiten jeweils eines der drei konstituierenden Völker deutlich in der Mehrheit ist. In der zentralbosnischen Provinz stünden sich jedoch 45% Kroaten und 41% Muslime gegenüber. In dieser Gegend kam es in den letzten Tagen zu Kämpfen zwischen kroatischen und muslimischen Truppen um die Vorherrschaft (Gornji Vakuf). Für Sarajevo ist ein noch nicht näher definierter Sonderstatus vorgesehen.

Die **Bezeichnungen** der neuen **Provinzen** dürfen **keine Hinweise auf ethnische Spezifizierungen** enthalten. Die Serben haben somit den Namen für ihre "Serbische Republik Bosnien-Herzegovina" zu ändern, ebenso wie die Kroaten ihre "Kroatische Gemeinschaft Herceg-Bosna".

Ein **Verfassungsgericht** soll in Streitfällen zwischen der Zentralregierung und den Provinzen entscheiden. Dem Gericht sollen je ein Vertreter der drei konstituierenden Völker sowie fünf von der UNO und der EG ernannten Richtern angehören

Der **Republikspräsident** soll auf eine begrenzte Zeit gewählt und nach dem Rotationsprinzip abwechselnd von den drei Völkern gestellt werden.

Noch unklar ist, nach welchen Kriterien ein neuer Verfassungstext angenommen werden soll. Die Serben fordern bereits jetzt das Konsensprinzip. Wenn sie nicht von dieser Forderung abrücken sollten, würden sie sich gleichsam ein **Vetorecht** ausbedingen.

In militärischer Hinsicht soll die **Stabilisierung der Lage** mit einer **schrittweisen Entmilitarisierung** der Republik unter der Aufsicht der UNO und der EG erreicht werden.

2. Mögliche Gründe für die Zustimmung der Serben

Die Zustimmung der serbischen Kriegsparteien, sowohl der Serben Restjugoslawiens als auch der bosnischen Serben, überrascht, trotz dem langdauernden und hartnäckigen Widerstand Karadžićs, kaum. Verschiedene Umstände dürften die Serben überzeugt haben, dass es für sie zur Zeit günstiger ist, dem Plan grundsätzlich zuzustimmen, als ihn weiterhin abzulehnen.

- **Militärische Gründe:** Die serbischen Kampfeinheiten im Norden Bosniens bekunden in letzter Zeit Mühe, die Landkorridore aufrechtzuerhalten, die Serbien mit den serbisch kontrollierten Gebieten sowohl in der kroatischen Krajina als auch in Nordbosnien

verbinden. Im Osten Bosniens hatten muslimische Truppen verschiedene erfolgreiche Offensiven gestartet. Oestlich von Srebrenica gelang es ihnen, serbische Truppen über den Grenzfluss Drina auf jugoslawisches Gebiet zurückzuwerfen. Südöstlich von Sarajevo durchbrachen sie den serbischen Belagerungsring um Goražde. Eine Entspannung der militärischen Lage müsste deshalb im Interesse der Serben liegen.

- **Propagandistische Gründe:** Mit der Zustimmung können sich die Serben als verhandlungswillig präsentieren und so ebenfalls eine gewisse Entspannung in Bezug auf die Westmächte bewirken.

3. Gründe für ein allfälliges Scheitern des Friedensplanes:

Im Norden Bosniens soll eine vorwiegend kroatische Provinz geschaffen werden. Dies hätte zur Folge, dass die Serben über keine direkte Verbindung zu Serbien mehr verfügen würden. Auch sollen nicht alle mehrheitlich serbischen Provinzen aneinandergrenzen. Diese beiden Punkte dürften das grösste Hindernis für ein Gelingen des Friedensplanes darstellen, weil damit die grosse nationalistische Idee, ein Gross-Serbien zu schaffen, nicht realisiert werden könnte. Genau dies ist jedoch das eigentliche Kriegsziel der serbischen Parteien.

Dazu kommt, dass sich die Serben gemäss der in Genf vorgeschlagenen neuen Aufteilung Bosnien-Herzegovinas mit weniger Territorium zufrieden geben müssten, als sie heute kontrollieren. Es ist schwer vorstellbar, dass die serbisch nationalistischen Extremisten um Karadžić freiwillig auf ihre Kriegsgewinne verzichten werden.

4. Die kroatische Offensive in der Krajina - ein zusätzlich destabilisierendes Element

Am 22. Januar starteten kroatische Einheiten in der südlichen Krajina eine Offensive gegen die serbischen Besetzer. Gemäss der offiziellen kroatischen Darstellung, hat diese Operation zum Ziel, die Landverbindung zwischen Dalmatien und dem restlichen unbesetzten Kroatien wieder herzustellen, um so die Versorgung von 700'000 Kroaten zu erleichtern. Seit im Herbst 1991 die Brücke von Maslenica bei Zadar zerstört worden war, gab es keine direkte Landverbindung mehr zum fraglichen Gebiet.

Wenn auch die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Verbindung ausser Frage steht, dürfte es dennoch kein Zufall sein, dass die kroatische Intervention gerade vor der Wiederaufnahme der Genfer Konferenz erfolgte, die nun in eine entscheidende Phase getreten ist. Es

ist davon auszugehen, dass die Kroaten der internationalen Gemeinschaft in Erinnerung rufen wollten, dass das Problem des serbischen Nationalismus in seiner Gesamtheit behandelt werden müsse. Das angestrebte Gross-Serbien hat seinen Anfang ja gerade in der Krajina genommen.

Die Intervention unterstreicht den kroatischen Willen, das Problem der noch immer serbisch besetzten Krajina selber lösen zu wollen, falls das UNO-Mandat zur Lösung nicht ausreichen sollte. Schon vor Monaten liess die kroatische Führung verlauten, dass sie nicht die Absicht habe, das Ende Februar auslaufende UNO-Mandat zu erneuern, wenn bis dahin nicht substantielle Fortschritte erzielt worden seien.

Bezeichnenderweise wirft nun Karadžić den Kroaten vor, sie wollten mit ihrer Aggression die Genfer Konferenz scheitern lassen.

Nach dem jetzigen Stand der Dinge zu urteilen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kroaten weitere Operationen in Angriff nehmen. Nachdem in dieser Gegend monatelang relative Ruhe geherrscht hat, ist damit zu rechnen, dass die kroatischen Einheiten gut gerüstet den Kampf gegen die serbischen Besetzer aufnehmen können. Aufgrund der zunehmenden Bedrängnis der serbischen Truppen im Osten Bosniens könnte sich der Zeitpunkt für die Kroaten als günstig erweisen.

5. Ein Erfolg der Genfer Konferenz?

Die prinzipielle Zustimmung der bosnischen Serben zum vorgelegten Friedensplan stellt vorderhand vor allem einen Erfolg für die serbische Kriegspartei dar und kann noch nicht als Schritt auf dem Weg der Befriedung Bosnien-Herzegovinas betrachtet werden. Hält man sich die rund zwanzig vorhergehenden Waffenstillstandsabkommen vor Augen, ist jedoch eine optimistische Einschätzung der weiteren Entwicklung noch verfrüht. So hat Karadžić am 21. Januar verlauten lassen, dass mit der Annahme des Friedensplanes der Staat "Serbische Republik Bosnien-Herzegovina" nicht zu existieren aufgehört habe. Des weiteren fordert er ein Referendum über die geplante Neuaufteilung Bosnien-Herzegovinas. Ebenso erklärte Karadžić schon vor dem Parlamentsentscheid, dass eine Zustimmung zum Verfassungsentwurf nicht ausschliesse, dass die bosnischen Serben ihre Ziele auch auf anderem Wege durchsetzen könnten.

Es ist nicht zu übersehen, dass die Serben die Konferenz als Theater für ihre eigenen Ziele gebrauchten. Die Verhandlungen erlaubten Milošević, sich als friedliebenden serbischen Staatsmann aufzuspielen, der den Sündenbock Karadžić unter Druck zu setzen und zurück-

zubinden weiss. Damit verbesserte er sein Ansehen und wird für den Westen eher wieder ein möglicher Gesprächspartner. Karadžić seinerseits bekam Zeit, um ungestört die militärischen Aktionen voranzutreiben, und schaffte es zugleich, die westlichen Gemüter zu beruhigen.

Vorläufig deutet jedoch nichts darauf hin, dass die Serben gewillt sind, den Friedensplan in die Tat umzusetzen. Wäre Milošević tatsächlich daran gelegen, so schnell wie möglich eine friedliche Lösung herbeizuführen, wäre es naheliegend, Bosnien-Herzegovina anzuerkennen, wie dies Kroatien beispielsweise schon lange getan hat. Die Anerkennung der Souveränität dieser Republik ist immerhin ein wesentlicher Bestandteil des Friedensplanes. Bosnien-Herzegovina anzuerkennen, hiesse aber, von seinem eigentlichen Kriegsziel abzurücken. Milošević hat bisher in keiner Weise zu erkennen gegeben, dass er dazu bereit wäre.

In den letzten Tagen hat sich die Lage insofern zu ändern begonnen, als die Muslime im Osten Bosniens die militärische Situation zu ihren Gunsten beeinflussen konnten und kroatische Einheiten an der Südwestgrenze des serbischen Imperiums ebenfalls in Erscheinung getreten sind. Noch ist es sicher zu früh, von einer militärischen Niederlage der Serben zu sprechen. Wenn die Kroaten und die Muslime aber die Oberhand gewinnen sollten, könnten die Serben gezwungen werden, in Genf ernsthaft zu verhandeln.

Sollte es sich jedoch lediglich um eine vorübergehende militärische Schwäche der Serben handeln, ist zu vermuten, dass - wie nach bisherigem Muster - die serbischen Parteien zwar an den Verhandlungen teilnehmen, möglicherweise auch Abkommen unterzeichnen werden, sich aber vor Ort nicht um deren Verwirklichung bemühen. Damit stellte sich für die internationale Gemeinschaft wieder die Frage nach dem Willen und der Machbarkeit einer militärischen Intervention.

In den westlichen Entscheidungszentren dürfte vorläufig der von serbischer Seite bekundete Verhandlungswille als Vorwand dienen, um nicht militärisch eingreifen zu müssen.

ANHANG

II. Mögliche Entwicklungen

1. Bei der Verwirklichung des Friedensplanes

Auch nachdem der Friedensplan vom "Parlament der Serbischen Republik Bosnien-Herzegovina" akzeptiert worden ist, ist damit zu rechnen, dass er in verschiedenen Lagern der bosnischen Serben auf Ablehnung stösst. Vor allem deshalb, weil er explizit die Anerkennung der Souveränität der Republik Bosnien-Herzegovina beinhaltet, was der Errichtung eines alle Serben umfassenden Gross-Serbien entgegensteht. Wenn also selbst der Wille der serbisch-bosnischen Führung für eine friedliche Lösung vorhanden sein sollte, dürften die Kriegshandlungen nur langsam abnehmen, da vermutlich verschiedene Kampfeinheiten nicht ohne weiteres bereit sind, ihr fast erreichtes Kriegsziel aufzugeben.

Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz

Mit dem Abflauen der Kämpfe ginge eine verbesserte Reisemöglichkeit einher, so dass vorerst eine verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen zu erwarten wäre. Ebenso nähme der Bedarf an Soforthilfe vor Ort zu. Nach der Einstellung der Kriegshandlungen und nach dem Ende des Winters dürfte schweizerische Aufbauhilfe in grossem Umfang gefragt sein.

2. Beim Scheitern des Friedensplanes

A) Ohne internationale Militärintervention

Der Wahlsieg der ehemaligen Kommunisten in Serbien vom 20. Dezember 1992 hat jede Hoffnung zunichte gemacht, dass neue politische Kräfte dem jugoslawischen Konflikt innert nützlicher Frist ein Ende setzen könnten. Es ist demnach grundsätzlich davon auszugehen, dass die serbische Politik im bisherigen Stil weitergeführt wird. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass Milošević im Parlament nicht mehr über die komfortable Mehrheit von fast drei Vierteln verfügt. Auch wenn es vermutlich noch verfrüht ist zu sagen, er gerate zunehmend in Bedrängnis, könnte gerade das Erstarken der Radikalen Partei und des demokratischen Oppositionsblocks Depos dazu führen, dass Milošević, bzw. die Sozialisten erneut eine aggressivere Politik entwickeln. Nicht zuletzt die sich verschärfende Wirtschaftslage könnte die serbische Führung veranlassen, einen neuen Expansionskurs

einzuschlagen, um von der internen Misere abzulenken - jedenfalls wenn die internationale Staatengemeinschaft nicht glaubhaft machen kann, dass sie zu militärischen Massnahmen bereit ist.

Für diesen Fall würde sich das Kosovo, historisch gesehen die Wiege Serbiens, als neues Kriegsziel anbieten. Wenn Serbien im Kosovo militärisch intervenieren würde, würde Albanien mit grosser Wahrscheinlichkeit den albanischstämmigen Kosovaren zu Hilfe eilen. Die Albaner der Nachbarrepublik Mazedonien dürften sich dann ebenfalls an der Verteidigung der Kosovaren beteiligen, was für Serbien wiederum ein Vorwand wäre, auch in Mazedonien militärisch einzugreifen.

Gegen dieses Szenario sprechen allerdings verschiedene Umstände:

- **Wirtschaftliches Interesse:** Es scheint, dass bisher für die serbischen Expansionen der Nationalismus allein ein unzureichender Grund war. Fest steht dagegen, dass die Serben aus den eroberten Gebieten erhebliches Beutegut abtransportiert haben. Weder im Kosovo noch in Mazedonien ist in dieser Hinsicht viel zu finden.
- **Beistandsabkommen:** Es soll ein Beistandsabkommen zwischen Albanien und der Türkei bestehen, wonach die Türkei Albanien im Kampf zum Schutze der albanischstämmigen Kosovaren unterstützen würde, sobald die Serben im Kosovo intervenieren sollten. Ein zweites Abkommen soll für den Fall einer serbischen Intervention in Mazedonien gemeinsame albanisch-bulgarische Operationen zum Schutze der mazedonischen Albaner vorsehen, was mit der bulgarischen Absicht verbunden wird, die slawischen Mazedonier, die ethnisch gesehen Bulgaren sind, wieder Bulgarien anzugliedern.

Hierzu ist jedoch zu bemerken, dass die Vertragstexte bislang nicht bekannt sind. Möglicherweise sind diese Abkommen lediglich als Warnung an Serbien gedacht. Für den Beistandsfall der Türkei zugunsten Albaniens scheint ein Automatismus der Hilfeleistung eher unwahrscheinlich. Die Türkei bemüht sich nachhaltig um eine Annäherung an Westeuropa und dürfte deshalb militärische Massnahmen nur in Absprache mit der NATO durchführen. Im Falle der bulgarischen Hilfeleistung scheint ein Automatismus trotz der territorialen Interessen ebenfalls wenig wahrscheinlich. Denn ein bulgarisches Eingreifen könnte auch andere Nachbarstaaten zum Eingreifen veranlassen, insbesondere Griechenland. Die Gefahr einer unkontrollierbaren Ausweitung des Konflikts wäre damit gegeben. Bulgarien hat jedoch genügend interne Probleme zu meistern und dürfte versuchen, weiteren Schwierigkeiten auszuweichen.

- **Die Warnung der USA**, sie würden eine militärische Intervention der Serben im Kosovo nicht hinnehmen.

Eine weitere serbische Expansion könnte allenfalls durch einen umfassenden wirtschaftlichen Zusammenbruch zum Erliegen kommen. Solche Hoffnungen haben sich bisher allerdings - trotz den Wirtschaftssanktionen - immer zerschlagen.

Eine weitere serbische Expansion könnte unter Umständen auch durch eine militärische Operation sowohl der Muslime in Ostbosnien als auch der Kroaten in der Krajina erschwert oder verunmöglicht werden.

Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz

Eine Ausweitung des Konflikts hätte erneute Flüchtlingsbewegungen zur Folge. Im Sinne einer internationalen Lastenaufteilung hätte die Schweiz vermehrt Flüchtlinge zu beherbergen.

B) Bei einer Intervention von Mitgliedstaaten der Islamischen Konferenzorganisation

Die Islamische Konferenzorganisation hatte schon am 3. Dezember den UNO-Sicherheitsrat aufgefordert, Bosnien-Herzegowina gemäss Kapitel 7 der UNO-Charta mit einer gewaltvollen Intervention zu befrieden. Die Mitglieder der Konferenzorganisation haben dem UNO-Sicherheitsrat ihre diesbezügliche Hilfe zugesichert. Insbesondere Saudiarabien, die Türkei und der Iran haben sich bereit erklärt, Truppen zur Verfügung zu stellen. In einem ersten Schritt solle jedoch das Waffenembargo für diese Republik aufgehoben werden.

Der einzige Staat der Islamischen Konferenzorganisation, der tatsächlich die Mittel und den Willen haben dürfte, in Bosnien-Herzegowina einzugreifen, ist die Türkei. Der Iran könnte wohl finanzielle Unterstützung gewähren, ist aber zu weit entfernt, um sich direkt an Operationen zu beteiligen. Saudiarabien ist ebenfalls in zu grosser Distanz zum Krisengebiet und zieht es zudem allemal vor, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen anstatt selber einzugreifen.

Wie schon oben erwähnt erscheint aber ein militärisches Eingreifen der Türkei nur wahrscheinlich, wenn die NATO, oder in einem weiteren Sinne die westliche Staatengemeinschaft, dies billigt. Eine militärische Operation könnte für die türkische Führung selbst eine willkommene Gelegenheit darstellen, um vermehrt Good-will in Westeuropa zu schaffen.

Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz

Jede Kriegshandlung dürfte neue Flüchtlingsbewegungen auslösen, wovon die Schweiz indirekt in relativ kurzer Zeit betroffen würde. Eine türkische Intervention hätte jedoch die Eindämmung der serbischen Expansion zum Ziel, wovon längerfristig alle jene Staaten profitieren würden, die Flüchtlinge vorübergehend beherbergen.

Auf längere Sicht wäre nach einem Ende der Kriegshandlungen schweizerische Aufbauhilfe vor Ort in grösserem Umfang gefragt

C) Bei einer internationalen Militärintervention

Aus der heutigen Perspektive erscheint eine internationale Militärintervention als das einzige Mittel, um die serbische Aggression im ehemaligen Jugoslawien zu stoppen.

Verschiedene Staaten haben zu erkennen gegeben, dass sie mehr und mehr geneigt sind, militärische Mittel einzusetzen, insbesondere Grossbritannien und die USA. Selbst der Vatikan erachtet nun die militärische Option als legitim.

aber nicht!

Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz

Eine internationale Intervention dürfte sich in grossem Rahmen abspielen, um in möglichst kurzer Zeit die serbischen Kampfverbände auszuschalten und deren Nachschub aus Serbien zu unterbinden. Falls kein Guerillakrieg entbrennen sollte und somit Bosnien-Herzegovina umfassend befriedet werden könnte, wäre kurzfristig mit einem grösseren Zustrom von Flüchtlingen zu rechnen, da die Reisemöglichkeiten wieder hergestellt würden und zahlreiche Menschen aus eingeschlossenen und beschädigten Dörfern und Städten im Westen Zuflucht suchen dürften.

Gleichzeitig stiege der Bedarf an kurzfristigen Hilfeleistungen vor Ort, um den unzähligen gefährdeten Menschen das Ueberleben zu sichern.

Längerfristig wäre mit einer allmählichen Rückwanderung der Flüchtlinge und Deserteure zu rechnen. Für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete dürfte noch längere Zeit Schweizer Hilfe beansprucht werden.

In neutralitätspolitischer Hinsicht hätte die Schweiz zu entscheiden, ob sie Ueberflugs- und Durchfahrbewilligungen an die an der militärischen Intervention beteiligten westlichen Staaten erteilen will oder kann.

Kopien an :

- PA I
- PA III
- KSZE-Dienst, Herrn R. Kunz
- Presse und Information
- Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik
- DEH, HH/SKH
- BAWI
- ZGV
- UNA, Herrn Div. P. Regli
- Bundesamt für Flüchtlinge
- **Sektion UNO**
- BT
- SAG